

# Post aus Berlin

Rundbrief der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**





## Deutschland darf einer Abschaffung der Stabilitätsregeln nicht zustimmen

Der Finanzminister hat sich mit seiner Forderung nach verbindlichen Regeln bei der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht durchsetzen können. Stattdessen hat die EU-Kommission nun einen Reformvorschlag vorgelegt, welcher bilateral zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten ausgehandelte Schuldenabbaupfade vorsieht. Der Entwurf bedarf allerdings noch der Zustimmung der Mitgliedstaaten.

Der Reformvorschlag der EU-Kommission zum Stabilitäts- und Wachstumspakt bedeutet dessen faktische Abschaffung. Es ist offensichtlich, dass bilateral ausgehandelte Abbaupfade einen unerschöpflichen Spielraum für politische Mauseleien und technokratische Manipulationen eröffnen, welcher letztlich von der EU-Kommission für den eigenen Machtausbau und für willkürliche politische Steuerung genutzt werden wird.

**Wo immer konkrete numerische Vorgaben fehlen, treten subjektive Einschätzungen an ihre Stelle. Mathematische Modelle sind an dieser Stelle viel dehnbarer als die meisten Menschen glauben.**

**Subjektive Einschätzungen sind jedoch nichts anderes als die Aushebelung von Regeln.** Auch sind die von der EU-Kommission vorgesehen Zeiträume zur Haushaltskonsolidierung mit vier bis sieben Jahren so lang, dass man nicht von einer ernsthaften Konsolidierungsabsicht ausgehen muss, selbst wenn es solche Schuldenabbauevereinbarungen gibt. Das ungenannte Ziel des Vorschlags ist die von der planwirtschaftlichen EU-Kommission angestrebte Vollendung der Schuldenunion und ein immer weitreichenderes Hineinregieren in die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten.

**Der Finanzminister darf dem Reformvorschlag der EU-Kommission so nicht zustimmen, denn dieser wird letztlich zulasten Deutschlands gehen und ist somit inakzeptabel.** Wenn bis zum Jahresende nichts passiert, dann tritt der alte Pakt wieder in Kraft. Das wäre viel besser als die Verschlimmbesserung, die nun auf dem Tisch liegt.

### Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU



<https://t.me/pboehringer>



[peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)



[www.pboehringer.de](http://www.pboehringer.de)



[@pboehringer\\_mdb](https://www.instagram.com/pboehringer_mdb)



[/PeterBoehringer](https://twitter.com/PeterBoehringer)



[/pboehringer](https://www.youtube.com/channel/UCpboehringer)



[/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom)



[/pboehringer](https://www.youtube.com/channel/UCpboehringer)



## Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

@ stephan.protschka@bundestag.de

f /protschka.stephan

www stephan-protschka.de

## Die Bundesregierung treibt Bauern in existenzielle Notlagen

Aus einer Hochrechnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für das abgelaufene Wirtschaftsjahr geht hervor, dass die Einkommen in der Landwirtschaft auf durchschnittlich 43.500 Euro gestiegen seien. Von einem „guten Ergebnis“, welches „viele Betriebe durchatmen lasse“, spricht die Parlamentarische Staatssekretärin im BMEL.

Diese vorgestellten Betriebsergebnisse sind jedoch reichlich schöngefärbt. Auch kann hier noch lange nicht von ‚guten Ergebnissen‘ gesprochen werden. Energie- und Betriebskosten sind noch gar nicht vollständig berücksichtigt. Auch Steuern, Abgaben und Tilgung verringern das Einkommen noch nachträglich. Unterm Strich bleibt da am Ende für die fleißigen Bauern gar nichts übrig und viele müssen sogar draufzahlen, denn auch die enorm hohen Investitionskosten sind ebenfalls noch gar nicht mit einberechnet. Die Bundesregierung belastet die Bauern in immer kürzeren Abständen mit neuen Auflagen und Verboten. Niemand kann so vernünftig für seinen Betrieb vorausplanen, jedes neue Gesetz kann plötzlich zu einem existenziellen Risiko für unsere Bauern werden. So auch der im letzten Monat vorgestellte Gesetzesentwurf der Bundesregierung: In der vergangenen Legislaturperiode wurde der sogenannte Um-

bau der Nutztierhaltung hin zu mehr „Tierwohl“ und gesellschaftlicher Akzeptanz vorangetrieben. Es soll nun erleichtert werden, eine Baugenehmigung für den Stallumbau auf eine höhere Haltungsstufe zu bekommen. Dieser Gesetzesentwurf erinnert jedoch mehr an ein staatliches Tierhaltungsvernichtungsprogramm als an ein Tierwohlprogramm. Vor allem die deutschen Sauenhalter trifft es hier besonders hart. Entweder sie investieren Hunderttausende Euro in den Stallumbau, oder sie sind gezwungen, ihren Betrieb bis allerspätestens 2026 zuzusperren. Absurderweise erhalten aber auch mit dem neuen Gesetzesentwurf nicht einmal diejenigen Schweinehalter, die ihren Betrieb retten und in die gesetzlich vorgeschriebenen Umbaumaßnahmen investieren wollen, dafür eine Baugenehmigung. In meiner Rede habe ich auf diese Missstände hingewiesen: <https://www.youtube.com/watch?v=UweEu7Pp8BU> Unser Antrag <https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006418.pdf> schafft Planungs- und Investitionssicherheit für die Betriebe, verbessert die Förderung für die notwendigen Zwangsumbauten und sorgt für europaweit einheitliche Haltungsbedingungen.

Davon profitieren wir am Ende alle.



## EU-Grenzschutzzäune gegen illegale Einwanderung gemeinsam finanzieren

Die Bundesregierung soll zusammen mit Österreich, Polen, Ungarn, den baltischen Staaten und anderen Partnern Grenzschutzzäune zur Abwehr illegaler Einwanderung an den EU-Außengrenzen gemeinsam finanzieren.

In meiner Rede dazu im Bundestag führte ich aus, dass entgegen dem Vertrag von Schengen eine verstärkte Sicherung der EU-Außengrenze nicht erfolgt ist. Auch nicht 2015, als hunderttausende Immigranten diese Grenze gestürmt haben. Schon damals haben wir von der AfD gefordert, diesen Einwandererstrom zu stoppen und die EU-Außengrenze zu schützen. Damals hieß es noch von Kanzlerin Merkel, es sei gar nicht möglich, einen Zaun zu bauen. Gut, dass kurz darauf Viktor Orban bewiesen hat, dass es geht. Die Österreicher, die Polen, die Tschechen, die baltischen Länder, Griechen: alle wollen einen Schutzzaun an der Grenze der EU-Länder. Nur Deutschland blockiert, weil die Asylindustrie in Deutschland ein Milliardengeschäft ist und zum eigenen Profit immer mehr Migrantenströme anlockt.

Mit dieser schrecklichen Politik zerreißt die Regierung das Land. Sie ist verantwortlich für Verteilungskämpfe, für kulturelle Schäden, zahlreiche geschändete Kirchen und auch – das ist das Schlimmste – für viele vergewaltigte

und ermordete Mädchen und Frauen, die alle geschändet, vergewaltigt und ermordet wurden von Menschen, die gar nicht hier hätten sein müssen und auch nicht sein dürfen. Und auch wenn der Bundesregierung vielleicht diese Menschen egal sind: Wir vergessen sie nicht. Wir sind hier für Mia aus Kandel, für Maria aus Freiburg, für Nadja aus Berlin und all' die anderen Mädchen und Frauen.

Wir fordern die Regierung auf: Stehen Sie zu unserer Bevölkerung, stehen Sie zu den Werten Europas, verteidigen Sie unsere Heimat, bauen Sie einen Schutzzaun an der Außengrenze Europas!"

Ganze Rede hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=OyHOLVv5KH0>

### Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Außenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- AfD-Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO Stiftung



petr.bystron@bundestag.de



www.petrbystron.de



/bystronpetr



## Sachverständige begrüßen AfD-Antrag zu Cross-over-Lebendspenden

Mehr als 10.000 Dialysepatienten stehen auf der Warteliste für eine Spenderniere. Wegen der zu geringen Zahl der Spenderorgane beträgt die Wartezeit im Durchschnitt sechs bis acht Jahre. Mit der Dauer der Wartezeit nehmen die Erfolgsaussichten einer erfolgreichen Nierentransplantation außerdem ab, wodurch die Spenderorgane nicht optimal genutzt werden können. Die Alternative zum Warten auf ein postmortal entnommenes Organ ist die Lebendspende. Sie zeigt gegenüber der postmortalen Transplantation bessere Ergebnisse hinsichtlich der Langzeitüberlebenszeit des Organs. Um die Überlebenschancen von Dialysepatienten zu verbessern, hat die AfD-Bundestagsfraktion einen Antrag ([Drucksache 20/4565](https://bundesdrucksache.net/20/4565)) in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages sprachen sich die Sachverständigen ebenfalls für Cross-over-Lebendspenden als Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland aus.

Es freut mich als gesundheitspolitischen Sprecher unserer Fraktion außerordentlich, dass ausnahmslos alle Sachverständigen – wie in unserem Antrag gefordert – die Überlebenschancen von Dialysepatienten verbessern wollen, in-

dem Cross-over-Lebendspenden als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung erlaubt werden sollen.

Dies zeigt, dass die AfD wirkt und unsere Fraktion mit Ihrem Antrag auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung trifft. Nun liegt es an den anderen Fraktionen, unserem Antrag zuzustimmen und gemeinsam einen wichtigen Schritt zum Wohle tausender Patienten zu gehen, die händeringend auf eine Spenderniere warten.

Standpunkte der in der öffentlichen Anhörung vom 26. April 2023 angehörten Sachverständigen: <https://afdbundestag.de/standpunkte-der-in-der-oeffentlichen-anhoerung-vom-26-april-2023-angehoerten-sachverstaendigen/>

### Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
  - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 /MartinSichertMdB

 /Martin\_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

## Habecks Heiz-Hammer: Gefahr für Deutschland!

Die von den Grünen angetriebene Änderung des GEG (Gebäudeenergiegesetz) droht vieles umzustürzen, was bislang als sicher galt – allem voran das Immobilieneigentum von Millionen. Für die AfD-Fraktion als echte Opposition bedeutet dies: Gegenwehr auf allen Ebenen! Dass die Regierung inzwischen massiv unter Druck kommt, macht etwas Hoffnung.

Für viele Bürger bedeuten die Pläne Rechnungen in Höhe von 80.000 Euro und mehr für neue Heizungen (meist: mit Wärmepumpe) und große Umbauten im Haus (z.B. Dämmung, Fußbodenheizung). Wer das nicht zahlen kann, wird sein Haus verkaufen müssen. Auch Mietern droht Gefahr: Vermieter können Modernisierungskosten auf die Miete umlegen!

Was bedeutet das für Deutschland? Als Berichterstatter für das Habeck-Ministerium im Haushaltsausschuss muss ich deutlich warnen: Die absehbaren Folgen des GEG sind zum Fürchten!

- Der Immobilienmarkt kann noch stärker einbrechen als er das schon wegen des Zinsanstiegs tut. Investoren (auch aus fremden Ländern) können sich viele Häuser aus den erzwungenen Verkäufen greifen.
- Häusern, die unter den massiv verschärften Bedingungen kaum noch sanierbar sind, droht der Abriss. Da-

durch sinkt der Wohnungsbestand, Wohnungsnot und Mieten steigen weiter.

Auch für Konjunktur und Wirtschaftswachstum droht eine neue Bremse: Wer damit rechnet, bald einen sechsstelligen Betrag berapen zu müssen, wird seine Ausgaben drastisch kürzen. Dass mit Habeck ausgerechnet ein Wirtschaftsminister für eine solche Verunsicherung sorgt, dürfte einmalig sein!

Die Stromversorgung in Deutschland, die jetzt schon die teuerste der Welt ist, kommt durch den Verbrauch der zusätzlichen Wärmepumpen (und E-Autos!) noch weiter unter Druck. Zugleich wird weiter abgeschaltet: zunächst Kohlekraftwerke, später sogar auch mit Erdgas betriebene Kraftwerke. Angeblich soll künftig Wasserstoff helfen; bewiesen ist das nicht.

Die erzwungenen horrenden Ausgaben, der weiter steigende Strompreis und der drohende Konjunkturereinbruch werden das Land auch politisch destabilisieren.

Auch mit Abermilliarden Euro als Subventionen wird man das nicht abfangen können. Die Abwirtschaftung Deutschlands muss schnellstens beendet werden!

### Wolfgang Wiehle, MdB

### Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd  
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /w.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)





## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr\_Rainer\_Kraft

 [www.rainer-kraft-mdb.de](http://www.rainer-kraft-mdb.de)

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

## Nachhaltige Wasserwirtschaft in Israel

Einer der unerwarteten Eindrücke in Israel war für mich, wie grün dieses Land ist. Zum Glück nicht in der politischen Landschaft, sondern in der ganz realen. Dabei ist es noch nicht so viele Jahre her, dass Wasserknappheit in Israel an der Tagesordnung war. Heute aber versorgt Israel nicht nur sich selbst, sondern auch Teile Jordaniens und auch die Gebiete unter Verwaltung der sogenannten Autonomiebehörde. Zumindest Jordanien bezahlt auch dafür.

Wie also konnte dieser Wandel stattfinden? Die Antwort ist technologische Wasserentsalzung. Israel unterhält mehrere große Anlagen zur Entsalzung von Meerwasser und dies macht mittlerweile 90% des israelischen Trinkwassers aus. Ähnlich verhält es sich bei den Abwässern. Diese werden gesammelt und wiederaufbereitet und dann der Landwirtschaft oder dem Gartenbau zugeführt. So wird wenig Wasser verschwendet und gleichzeitig fruchtbare Erde gewonnen.

Die weiteren Projektierungen in Israel laufen nun dahingehend auch das Tal des Jordan, ausgehend vom See Genezareth mit reichlich Süßwasser zu versorgen um dort Landwirtschaft und Begrünung voranzutreiben und das weitere Absinken des Wasserspiegels im Toten Meer zu stoppen.

Als Grundlage all dieser Maßnahmen dient preiswerte und zuverlässige Energie. Obwohl Sonnenenergie in Israel deutlich besser geeignet ist als in Deutschland, spielt Photovoltaik bei der Entsalzung keine Rolle. Auch der beeindruckende Solarturm bei Ashdod, der zwar Unabhängigkeit bedeutet, aber bei den Betriebskosten zu hoch ist, ändert daran nichts. So verbleibt Gas als Lieferant um die benötigten Mengen an Energie für die Entsalzung von Meerwasser beizubringen. Auch hier sieht man, dass die Attribute preiswert und zuverlässig im Energiesektor diejenigen sind die die Menschheit voranbringen.

An diesen Projekten wird in Israel seit Jahrzehnten gearbeitet um den Traum der Begrünung des Landes in die Tat umzusetzen. Heute ist Israel führend bei den Technologien im Bereich der Entsalzung und der Begrünung von Wüsten, wie ich mich bei meinem Besuch der Ben Gurion Universität nahe Be'er Sheva überzeugen konnte.



## Deutschland verzichtet auf Milliardeninvestitionen in die deutsche Wirtschaft

Nach drei Jahrzehnten verfehlter Verteidigungspolitik hat die Bundesregierung endlich die Erkenntnis gewonnen, dass dringend auch mal Geld für die Modernisierung der Bundeswehr in die Hand genommen werden muss. Weil die Lücken im Bestand an Material und Munition mittlerweile so groß sind und zusätzlich noch großzügige Lieferungen an die Ukraine Kapazitäten bei der Industrie binden, kann der Bedarf an Rüstungsgütern nicht allein über den heimischen Markt gedeckt werden. Deutschland muss deshalb auch Rüstungsgüter im Ausland beschaffen. Dadurch geht Wertschöpfung in Deutschland verloren. Gleichzeitig fließen wehrtechnische Kernfähigkeiten, Arbeitsplätze und Steuermittel ins Ausland ab. Um dafür einen Ausgleich zu bekommen ist es bei der Beschaffung von Rüstungsgütern weltweit üblich, die ausländischen Lieferanten zu verpflichten, einen Teil der Kaufsumme im Staat des Beschaffers zu reinvestieren. Nicht so in Deutschland! Wie so oft geht auch hier die deutsche Bundesregierung einen Sonderweg, um der Welt zu zeigen, dass sie ein Musterknabe in Sachen Freihandel ist. Deshalb verzichtet sie bei Rüstungsbeschaffungen im Ausland großzügig auf das entsprechende Kompensationsgeschäft, auch „Offset“ genannt, obwohl gerade Deutschland eine leistungsfähige Wehrtechnische Industrie hat. So verhindert die Bundesregierung nicht nur Investitionen in die deutsche Volkswirtschaft in Milliardenhöhe und die Entstehung von hochwertigen Arbeitsplätzen in kleinen und mittelständischen Unternehmen, sondern sie nimmt billigend in Kauf, dass Deutschland seine wehrtechnische Souveränität verliert. Ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit: Australien wollte 211 Radpanzer vom Typ „Boxer“ bei der Firma Rheinmetall kaufen. Als Kompensation musste Rheinmetall in Australien eine Fertigungslinie errichten. Nun benötigt Deutschland auch Radpanzer und kauft mehr als 100 Boxer für ca. 1,8 Milliarden Euro. Wo? In Australien, da dort nun dank Offset die Fertigungskapazitäten zur Fertigung vorhanden sind. Gerade vor dem Hintergrund, dass es sich bei dem 100-Milliarden-Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr nicht um Vermögen, sondern um Schulden handelt, habe ich die Bundesregierung in meinem Antrag – BT-Drucksache 20/6536 – und in meiner Plenarrede vom 27. April <https://youtu.be/1qAH6sLGX1o> aufgefordert, spätestens bis September 2023 eine Gesetzesvorlage zu erarbeiten, die es verpflichtend macht, bei Rüstungsbeschaffungen im Ausland, eine Kompensation von mindestens 60 Prozent des Kaufpreises durch Offset-Vereinbarungen zu verlangen. Damit würden dann mindestens 15 - 20 Milliarden Euro aus dem „Sondervermögen“ nach Deutschland zurückfließen.

### Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung



/GeroldOttenAfD



@gerold\_otten



/gerold.otten

Web: [www.mdb-otten.de](http://www.mdb-otten.de)



/t.me/MdB\_Otten



## Linke in Israel fürchten wegen Justizreform um ihren Einfluss

Auf einer Fraktionsreise mit geschätzten Kollegen nach Israel gab es toll organisierte Treffen mit der (rechten) sog. Zivilgesellschaft, spannende Einblicke und persönliche Geschichten. Vielen Dank an Artur Abramovych, dem Vorsitzenden der Juden in AfD an dieser Stelle.

Die Reform der Justiz in Israel kann hier natürlich nicht komplett aufgerollt werden, unter dem Strich geht es aber darum, dass sich linke und linksradikale „Richtergremien“ nicht mehr gegenseitig in Positionen bis zum Supreme Court wählen können sowie die Abschaffung von vetoberechtigten „Beratern“ in den Ministerien, die nicht zur Regierung gehören.

Zwar fordert die AfD für Deutschland eine Abkehr von der Bestimmung von Richtern per Parteivorschlägen (oberste Gerichte), in Israel wäre dies aber nach Meinung vieler einem linken Klüngel in den Juristen-Wahlgremien vorzuziehen. Dazu kommt, dass Israel keine echte Verfassung hat und der Supreme Court Grundrechte entwickelte sowie qualifizierte Gesetze umdeuten konnte und damit eine Art de facto Verfassung erstellte. Diese ist sehr links und wird nicht selten übermäßig pro Minderheiten ausgelegt. Gar nicht unähnlich zu Zuständen bei uns. Die

(rechte) Regierung Netanyahu will das nun mittelfristig verhindern.

Ebenfalls sehr krude sind die sog. juristischen Berater in den Ministerien. Diese prüfen Gesetze usw. vor der Verabschiedung und können diese stoppen, wenn sie diese für (quasi) verfassungswidrig halten. Genauso wie der Supreme Court können diese Berater sich übrigens jederzeit darauf berufen, dass sie ein Gesetz für „unvernünftig“ halten, was der deutschen Verhältnismäßigkeit entsprechen dürfte. Dies muss dann kaum begründet werden.

Gegen die Abschaffung dieser zwei riesigen Machtfaktoren gingen die letzten Wochen in der Tat viele linke Israelis auf die Straße. Diese sind aber dort in der Minderheit und so berichtete die deutsche Presse natürlich weder über die großen Pro-Netanyahu-Demos noch darüber, dass die linken Demos klamm heimlich eingestellt wurden. Nur vordergründig wegen Terror, sondern eigentlich weil die schwindende Größe peinlich wurde.

Bleibt zu hoffen, dass die Regierung in Israel stabil bleibt und die Rechtsprechung gegen die eigene Nation ausläuft. Interessant wird eine weitere Reise im Juni, dieses Mal von der Parlamentariergruppe (also Mehrheit Altparteien) organisiert. Dort werde ich einige Fragen bereit haben.

### Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss



/tobiasmpeterka



tobias.peterka@bundestag.de



/tobiaspeterka



## Hochmotivierte Truppe –Politikversagen ringsumher

Liebe Freunde und Mitstreiter,

am 17. April hatte ich im Rahmen der Auswärtigen Sitzung des Verteidigungsausschusses die Gelegenheit, mit der Truppe ins Gespräch zu kommen und als Offizier selbst auch mal wieder-Kasernenluft zu schnuppern. Gemeinsam besuchten wir die Panzertruppenschule in Munster, wo unsere Sitzung vom Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, eröffnet wurde. Mais war es auch, der 2022 schonungslos und ehrlich den Zustand der Bundeswehr beschrieben hatte: Sie sei blank. Im Anschluss an seinen Vortrag erfolgte eine Vorführung unterschiedlicher Waffensysteme, darunter der Kampfpanzer Leopard 2, der Schützenpanzer Marder, die Artilleriesysteme Panzerhaubitze 2000 und Raketenwerfer MARS II sowie GTK Boxer. Neben den Systemen beeindruckte mich allerdings viel mehr, wie motiviert und professionell die Kameraden unserer Bundeswehr sind, das wurde im Gespräch mit den einsatzerfahrenen Soldaten schnell deutlich. Doch beim persönlichen Austausch zeigten sich auch die Missstände, die der Truppe oft viel abverlangen. Ich war zum Beispiel wirklich erstaunt zu erfahren, dass die Kameraden ihre Ausrüstung zum Teil selber zahlen müssen. Das darf natürlich nicht sein, wenn die Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber überzeugen und mehr Nach-

wuchs gewinnen möchte. Das Thema ist nicht neu, die Wehrbeauftragte Eva Högl mahnte die Mängel bei der Ausrüstung selbst im kürzlich veröffentlichten Wehrbericht wieder an. Neben den vielleicht nicht optimalen Rahmenbedingungen und Widrigkeiten überzeugte die Truppe bei unserem Besuch dafür aber mit ihrer hervorragenden Ausbildung, Ambition und Kompetenz, die durften wir während der dynamischen Vorführung ausgewählter Waffensysteme des Heeres live erleben, nämlich während eines Marsches mit Gefechtsfahrzeugen. Den Schwerpunkt bildete hier der Schützenpanzer PUMA. Die Panzerfahrt veranschaulichte allerdings auch die besorgniserregende Aktualität des Themas – gerade in Bezug auf den Russland-Ukraine-Krieg. Ich persönlich habe für mich von dieser Sitzung sehr viel mitgenommen und weiß: Hier gibt es noch viel zu tun. Gemeinsam mit meiner Fraktion und den Kollegen aus dem Arbeitskreis Verteidigung setze ich mich darum weiter für die Belange unserer Truppe ein, so wie erst jüngst mit unserem Antrag, in dem ich gemeinsam mit meinen Kollegen Jan Nolte, Hannes Gnauck und Martin Hess bekräftige, dass wir geschlossen hinter der Bundeswehr stehen. Für eine gut aufgestellte Truppe und für die Sicherheit unseres Landes!

### Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelserafd

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)





## Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 [gerrit.huy@bundestag.de](mailto:gerrit.huy@bundestag.de)

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 [www.gerrithuy.de](http://www.gerrithuy.de)

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 [t.me/gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.telegram.me/gerrithuy)

## Sozialstaat und offene Grenzen: Herausforderungen für Deutschland

Ein Fünftel aller in Deutschland lebenden Menschen ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, so die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Ein wesentlicher Faktor dabei ist die Armutseinwanderung, die im großen Umfang in die Sozialsysteme, allen voran ins Bürgergeld, erfolgt. 60% der Bürgergeldempfänger sind inzwischen Ausländer, also keine deutschen Staatsbürger.

Trotz der extrem hohen Einwanderungszahlen, unter anderen von mutmaßlich gut ausgebildeten Ukrainern, herrscht ein immenser Fachkräftemangel im Land, wenn man den Statistiken glaubt. Arbeitsminister Heil und Entwicklungsministerin Schulze setzen daher auf weitere Fachkräfteeinwanderung und haben insbesondere Ghana ins Auge gefasst. In Ghana arbeiten 50% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Zusammen mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Dietmar Friedhoff werde ich diese Strategie vor Ort im Herbst gründlich überprüfen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass rekordverdächtig viele Menschen in unser Land ziehen, aber nur ein geringer Teil von ihnen hier auch arbeiten will oder kann. Ein Großteil der Einwanderer hat keinen Berufsabschluss, viele können weder lesen noch schreiben. Die Bundesregierung kennt weder die

beruflichen Qualifikationen noch den Alphabetisierungsgrad ihrer Einwanderer. Anders in Österreich: Hier waren im Jahr 2022 70% der Einwanderer Analphabeten. Da die meisten Einwanderer erwachsen sind, ist es in der Regel schwierig sie zu alphabetisieren und ihnen eine Ausbildung nach deutschen Standards zukommen zu lassen. Leider sind auch die Zukunftsaussichten für die Folgegenerationen nicht viel besser: Ein Viertel aller Grundschulkinder kann im vierten Schuljahr weder richtig lesen noch schreiben. Fast alle davon haben einen Migrationshintergrund.

Ganz allgemein gilt jedoch: Wenn wir unser Land wieder auf Vordermann bringen wollen, müssen wir zunächst einmal die Armutszuwanderung stoppen.

## „Bayerische Dialoginitiative für Frieden in Europa“ des Landesparteitags in Greding

Anfang des Jahres hatte die AfD-Bundestagsfraktion einen politischen Paukenschlag gesetzt mit einer „Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland“. Die GRÜNEN, die schon 1999 den ersten völkerrechtswidrigen Krieg Deutschlands seit dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus mitzuverantworten hatten und trotzdem bei jeder Wahl ihre Plakate mit Friedenstäubchen schmücken, tobten noch mehr als alle anderen Parteien über diesen klugen AfD-Schachzug. Statt den Sachstand des totalen Scheiterns ihrer politischen Eskalationslinie der Waffenlieferungsspirale einzugestehen, ziehen sie – wie auch bei den manipulativen Medien üblich – die faktenfreie Verbalkeule: Die AfD sei nichts als Putins „Propagandazwerge“, so der Außenpolitiker der GRÜNEN Reseterampe, Jürgen Trittin. Doch das Konzept der Bundestagsfraktion hat Hand und Fuß: „Eine privilegierte EU-Partnerschaft für die Ukraine bei gleichzeitiger Garantie, kein Mitglied des NATO-Militärbündnisses und der EU zu werden, könnte eine Bedingung für ein Friedensabkommen sein, das sowohl die Sicherheitsinteressen Russlands als auch der Ukraine berücksichtigt. Deutschland und die EU könnten so viel besser als durch Waffenlieferungen die Voraussetzungen für den Fortbestand der Ukraine in einer europä-

schen Nachkriegsordnung unterstützen.“

Schon im März äußerten über 10-mal mehr Befragte (53%) im ARD Deutschlandtrend die Ansicht, dass mehr Diplomatie angestrebt werden müsse als dieser bereits überdrüssig waren (5%). Die AfD ist das einzige politische Sprachrohr dieser Wählermehrheit. Unsere konstant steigenden Werte in Wahlumfragen (17% im INSA-Sonntagstrend, GRÜNE auf 14% verzerrt) bestätigen die kluge AfD-Positionierung im Gegensatz zum Biden-hörigen Einheitsbrei der Regenbogenparteien.

Auf meine Initiative hin schloss sich eine größere Gruppe bayerischer Mandats- und Funktionsträger zusammen und brachte am 13. Mai beim Landesparteitag eine Resolution für eine „Bayerische Dialoginitiative für Frieden in Europa“ mit über 95% Zustimmung zum Erfolg. Statt die seit Franz Josef Strauß jahrzehntelang gepflegten Kommunikationskanäle durch eine „woke“ CSU zu kappen, wie 2022 bei der Landtagspartnerschaft mit der Moskauer Gebietsduma geschehen, solle der Freistaat eine Ost-West-Diplomatie-Offensive starten, wenn schon die Ampel samt CSU kläglich versagt beim Schützen des Friedens, unserer Energieversorgung und der bayerischen Wirtschaftsbeziehungen.



**Dr. Rainer Rothfuß, MdB**

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

✉ [rainer.rothfuss@bundestag.de](mailto:rainer.rothfuss@bundestag.de)

Facebook [/Dr.Rainer.Rothfuss](https://www.facebook.com/Dr.Rainer.Rothfuss)

www [www.rainer-rothfuss.de](http://www.rainer-rothfuss.de)

Telegram [t.me/rainerrothfuss](https://t.me/rainerrothfuss)

YouTube [/@DrRainerRothfu](https://www.youtube.com/@DrRainerRothfu)

Twitter [/DrRothfuss](https://twitter.com/DrRothfuss)



**Gefällt Ihnen unser  
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**